

## Der 17. Juni 1953

[Textfassung]

Die Systemkrise innerhalb der DDR, die den Aufstand auslöste, ergab sich aus den Beschlüssen der 2. Parteikonferenz der SED 1952, die den vorrangigen Aufbau der Schwerindustrie als Mittel zur Durchsetzung des Sozialismus in der DDR gefordert hatte. Die drauf folgende Verschlechterung der Versorgungslage in der Bevölkerung führte seitens der SED zu schärferen Reglementierungen und zur Bevorzugung der Arbeiterschaft in den Betrieben.

Am 28. Mai 1953 beschloss das ZK der SED eine Erhöhung der Arbeitsnormen um durchschnittlich 10 %, um die Planerfüllung sicherzustellen. Versorgungsschwierigkeiten und Planerhöhung liefen aber zeitgleich mit einem nach Stalins Tod von Moskau ausgehenden Druck, der eine Verbesserung der Lebensbedingungen im Land zum Ziel hatte. Die SED-Führung reagierte zwar am 9. Juni 1953 mit der Verkündung eines „Neuen Kurses“ und dem Versprechen, die Konsumgüterindustrie stärker als bisher geplant auszubauen, nahm aber die Erhöhung der Arbeitsnormen nicht zurück, aber weder auf die Moskauer Forderungen, noch auf den aufkeimenden Widerstand innerhalb der Bevölkerung, sondern hielt an ihrem Kurs fest.

Erste Demonstrationen als Reaktion auf einen Artikel in der FDGB-Zeitschrift „Die Tribüne“ am 16. Juni richteten sich zunächst gegen den FDGB selbst, dann auch gegen die Regierung. Gegen die These von der westdeutsch-faschistischen Infiltration spricht, dass hier Forderungen vor allem nach Rücknahme der Normerhöhungen und nach Verbesserung der Lebensbedingungen erhoben wurden. Nachdem die Regierung die Forderung nach Gesprächen abgelehnt hatte, riefen die Demonstranten zu Massenprotesten für den nächsten Tag auf.

Diese Demonstrationen griffen von Ostberlin auch auf andere Industriezentren der DDR über. Zu den ursprünglichen wirtschaftlichen Forderungen traten nun als politische Ziele der Rücktritt der Regierung, die Abhaltung freier Wahlen und schließlich die Wiedervereinigung.

Nicht den Tatsachen entspricht weder die Aussage des Textes, dass die SED-Führung durch entschlossenes Auftreten die Demonstrationen beendet hätte, noch die Behauptung, die „Mehrheit der irregeleiteten Werktätigen“ hatte sich von den Initiatoren ab- und der SED-Führung wieder zugewandt. Die Niederschlagung des Aufstandes verdankte die SED-Führung allein dem Eingreifen der sowjetischen Truppen und der Verhängung des Ausnahmezustandes, von den Beteiligten wurden 18 Demonstranten von den Sowjets standrechtlich erschossen, 3 von DDR-Gerichten zum Tode und 1386 zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt.

Der Aufstand es 17. Juni gilt im Westen vor allem wegen der hohen Beteiligung der Industrie- und Bauarbeiter, also gerade der Schichten, die von der SED bevorzugt worden waren, als Volksaufstand und als Ausdruck des Volkswillens gegen das diktatorische Regime der SED um Ulbricht. Der Westen – vor allem die Westmächte, denn

die Bundesrepublik wäre dazu weder technisch-militärisch, noch politisch in der Lage gewesen – plante in keinem Augenblick ein Eingreifen, was die „Agenten“-These widerlegt.

Die Ereignisse des 17. Juni 1953 hatten der DDR-Führung gezeigt, dass sie keineswegs auf die Begeisterung des Volkes angesichts von Sozialismus und Diktatur rechnen konnte, sondern dass im Gegenteil eine Demokratie nach westlichem Vorbild mit freien Wahlen und eine Verbesserung der Lebensverhältnisse fest im Blickfeld der Bevölkerung geblieben war. Dem politischen und gesellschaftlichen Druck, den die Regierung nach dem Aufstand ausübte, um Kritiker zum Schweigen zu bringen, konnten Hunderttausende nur durch die Flucht in den Westen entgehen. Für die Partei war aber auch klar, dass sie sich auch weiterhin nur durch die sowjetische Militärpräsenz an der Macht halten konnte.

Andererseits war der DDR-Führung gezwungen, dem Druck nachzugeben, soweit es eben mit ihren Industrialisierungszielen („Einholen“ und „Überholen“) zu vereinbaren war. Das brachte in der Folgezeit, in größerem Umfang allerdings erst in den 70er Jahren, Verbesserungen im Lebensstandard und in der sozialen Absicherung mit sich.

Kritiker des Regimes aber und Oppositionelle mussten sich immer wieder gewärtig sein, dass jeder Versuch, das Regime zu ändern oder gar zu stürzen, unter dem Druck der sowjetischen Waffen scheitern musste. Was 1953 in der DDR geschah, wiederholte sich 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei – und stand auch 1981 in Polen als Drohung und ernst zu nehmendes Risiko im Raum. Die Tatsache, dass die Regierung der DDR bereit war, sowjetische Panzer gegen das eigene Volk auffahren zu lassen, schwächte ihre Legitimation im Innern nachhaltig. Die daraufhin – und mit der neuen Sozialisierungspolitik Ende der 50er Jahre – anwachsende Fluchtwelle konnte die SED-Führung schließlich nur durch den Bau der Mauer 1961 stoppen.

Außenpolitisch bedeutete der 17. Juni für die DDR im Westen einen weiteren Verlust der ohnehin nur durch die Konfrontation des Kalten Krieges aufrecht erhaltenen Legitimation. Auch hier verstärkte der Ungarn-Aufstand von 1956 dieses Bild. Im Osten dagegen galt er als siegreich beendeter Versuch der Konterrevolution und damit als Sieg des Sozialismus.

In der Bundesrepublik wurde der 17. Juni durch Beschluss des Deutschen Bundestages am 4. August als „Symbol der deutschen Freiheit in Einheit“ zum „Tag der deutschen Einheit“ und zum gesetzlichen Feiertag erklärt. Man sah ihn als Ausdruck der durch die kommunistische Diktatur unterdrückten Volkssouveränität und als verzweifelten Versuch, den Wunsch nach Demokratie und nationaler Einheit zu artikulieren. Die Ereignisse des 17. Juni bestärkten alle politischen Kreise darin, die Wiedervereinigung als drängende Forderung aufrecht zu erhalten. Das Verhalten der SED-Führung und der Sowjetischen Regierung ließen keinen Zweifel mehr am diktatorischen Charakter des Regimes und bestärkten sowohl die antikommunistische Grund-

haltung als auch die Auffassung, dass allein in der strikten Hinwendung zum Westen die einzige Möglichkeit für die Bundesrepublik lag. Die „Brüder und Schwestern im Osten“ galten mehr und mehr als unterdrückte Landsleute, deren Interessen die Bundesrepublik mit ihrem Alleinvertretungsanspruch zu wahren hatte.

Abschließend kann noch darauf hingewiesen werden, dass die Westalliierten die sowjetische Einflussosphäre achteten und ebenso wenig wie 1961 beim Bau der Mauer in die Geschehnisse eingriffen.